Nummer 100. XXVIII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Donnerstag, 23. Februar 1899.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Der Bericht der Ansiedelungskommission.

Dem Landtage ist wie alljährlich eine Denkschrift zugegangen, in welcher über die Thätigkeit der sogenannten Ansiedelungskommission in Westpreußen und Posen Bericht erstattet wird. Im Allgemeinen ist die Ernte im ganzen Verwaltungsgebiete der Kommission eine befriedigende gewesen. Sie ist ausdrücklich in der Denkschrift als die beste von allen bezeichnet, so lange die Ansiedelungskommission besteht. Einzelne Ansiedler haben Erträge von 17 Centner Weizen, 19 Centner Roggen und 80 Centner Kartoffeln „glaubhaft" angemeldet. Derartig hohe Erträge sind freilich nur Ausnahmen, allein sie wirken doch, wie die Denkschrift hervorhebt, ungemein anspornend auf die übrigen Ansiedler, ihren Unternehmungsgeist und ihre Wirthschaftsleitung.

Angeboten zum Ankauf wurden im letzten Verwaltungsjahre 252 Güter und 92 Bauerngrundstücke zum Gesammtareal von 127,758 Hektar; darunter befanden sich 210 Güter und 63 Bauerngrundstücke von deutscher Hand. Dieser Umstand ist von außerordentlicher Bedeutung, denn er beweist, daß weitaus die meisten Ankäufe der Ansiedelungskommission nicht sowohl zur Verminderung des polnischen Grundbesitzes als vielmehr zur Verminderung der Schwierigkeiten einzelner deutscher Gutsbesitzer bestimmt zu sein scheinen. Von den angebotenen Grundstücken wurden 15 Rittergüter, 9 größere, selbstständige Bezirke und 9 Bauerngrundstücke erworben. Es bildende Besitzungen, 9 Bauerngrundstücke erworben. Es wäre wünschenswerth gewesen, zu erfahren, wie viele von diesen angekauften Gütern aus polnischen, wie viele aus deutschen Händen stammten. Insgesammt wurden 1898 angekauft 14,828.76 Hektar zum Preise von 11,478,100 Mark. Die seit dem Bestehen der Kommission gemachten Ankäufe betragen 112,467.81 Hektar zum Preise von 71,441,226.87 Mark. Ein Drittel dieser Ankäufe rührt aus deutschem Besitze her. Die Gesammtzuschüsse betrugen sich bis Ende Juni 1898 auf 7,396,678.80 Mark, die Ablieferungen auf 2,069,696.57 Mark. Von den somit übrig bleibenden 5,296,982.29 Mark Nettoaufwendungen sind 1,570,000 Mark durch Aufschläge zu den Ankaufspreise zurückerstattet. Der Umsatz, den die Gutsverwaltung im vorigen Jahre hatte, war der höchste bisher erzielte, und dementsprechend war auch die Einnahme die größte. Der zur Zeit verfügbare Vorrath an reinem Stellenvergebungsmaterial beträgt 12,000 Hektar, die in 1300 Stellen zur Neuvergebung ausliegen. Voraussichtlich tritt die Kommission in das Jahr 1900 mit einem für 700 Stellen ausreichenden Landbesitz von 12,000 Hektar ein.

An Neubauten hat bis jetzt die Kommission ausführen lassen: 15 Kirchen und ebensoviel Pfarreigehöfte, 10 Bethäuser, 10 Organistengehöft, 88 Schulen, 54 Armenhäuser, Spritzenhäuschen und dergleichen. Die Gesammtbaukosten betrugen 1,400,000 Mark, darunter etwas über die Hälfte für die 88 Schulen. Von den Ansiedlern stammten über 41 Prozent aus Westpreußen und Posen, die übrigen (einschließlich 57 russischer und 8 österreichischer Einwanderer) aus anderen Landestheilen. Die meisten Ansiedler stellte Westfalen mit 114, dann folgt Sachsen mit 70, Hannover mit 56, Brandenburg mit 37; die wenigsten stellten Schleswig-Holstein, nämlich 2, und Württemberg und Baden mit je 3. Bis Ende 1898 waren an 2947 Ansiedlerfamilien 50,758 Hektar zu einem Werthe von 33,938,767 Mark vergeben. Somit entfallen 17.22 Hektar zum Werthe von 11,516 Mark auf jede Ansiedlerfamilie.

Die Gesammtausgaben des Ansiedelungsfonds betrugen seit 1886 rund 109 Millionen, die Gesammteinnahmen rund 20 Millionen Mark.

---

* Ueber die **Einrichtung des künftigen Zolltarifes** erfährt die „Zeitschrift für die gesammte Textilindustrie" aus gut unterrichteter Quelle, daß wieder das System der Gewichtszölle beibehalten werden wird, so daß für eine Einführung des Werthzollsystems keine Aussicht vorhanden ist. Auch an ein Mischsystem von Gewichts- und Werthzöllen dürfte kaum zu denken sein. Zwar liegen zur Zeit die Vorlagen bei den einzelnen Bundesregierungen zur Berathung, so daß in keiner Frage eigentlich ein Definitivum erzielt ist, jedoch ist begründete Aussicht, daß an jener prinzipiellen Frage des Systems nichts geändert werden wird. Die ungünstigen Erfahrungen, die jüngst mit dem belgischen Werthzollsystem gemacht worden sind, dürften hierbei nicht ohne Einfluß sein.

Eine Denkschrift Kaiser Friedrichs.

Der bekannte Bismarck-Historiograph Professor Horst Kohl in Chemnitz hat zur Erläuterung und Ergänzung von Fürst Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" einen „Wegweiser" herausgegeben, der demnächst bei G. J. Göschen erscheinen wird, und aus dem die „Lpz. N. N." bereits jetzt Einiges mittheilen können. Horst Kohl giebt in seinem Buche zu dem Bismarck-Werk Ergänzungen, deren werthvollste wohl der Text einer **Denkschrift** ist, die der **damalige Kronprinz** aus dem Hauptquartier Blamont am **14. August 1870** dem Grafen Bismarck überlandte. Sie sollte nach dem Wunsche des Fürsten Bismarck den „Gedanken und Erinnerungen" einverleibt werden, fand aber schließlich keine Verwendung. Kohl giebt sie, nach einer von dem Original genommenen Abschrift, mit den von Bismarck beigefügten Randbemerkungen wieder. Kronprinz Friedrich Wilhelm sendet, wie sich aus dem von ihm geschriebenen Begleitbriefe ergiebt, „Gedankenspäne für den Fall eines Friedens wie auch für die endliche Feststellung der deutschen Gesammteinheit." Der Kronprinz bemerkt ausdrücklich, daß seine Zeilen den Charakter des Feldlebens tragen und demgemäß zu beurtheilen seien. Uns scheint es, daß der erste Theil, der von den Friedensbedingungen handelt und den weitaus größten Raum einnimmt, auch eingehender durchgearbeitet worden ist. Der zweite, anscheinend schnell entworfene Theil, der uns heute mehr interessirt, lautet:

„Die endliche Einigung Deutschlands.

Es ist zu diesem herrlichen Zwecke unumgänglich nothwendig und erforderlich, die gegenwärtige großartige nationale Begeisterung, welche durch die ersten glücklichen Erfolge der verbündeten Waffen womöglich noch gehoben oder fester geworden ist, nicht verrauchen zu lassen.

Sobald mit Gottes Hilfe ein Sieg über die gesammte französische Armee errungen ist, muß sofort aus Werk gegangen werden.

1. Zunächst muß noch auf der blutigen Wahlstatt mit sämmtlichen süddeutschen Staaten eine Militärkonvention geschlossen werden, durch welche die Leitung und Verwaltung des gesammten Militärwesens in Deutschland dem König von Preußen als oberstem Bundesfeldherrn übertragen wird.

Es giebt von jenem Tage an nur ein Heer mit einem reglement, einer Art der Bewaffnung und Ausrüstung und einem Prinzip des Avancements und Ersatzwesens.

2. Die süddeutschen Staaten treten in den Bund derjenigen deutschen Staaten ein, die bisher der „Norddeutsche Bund" genannt wurden, unter Wahrung der Titulatur und aller persönlichen Ehrenrechte und Würden der der deutschen Souveraine sowie ihre Häuser, nebst derjenigen unveräußerlichen Dinge, welche seitens derselben als Zeichen der Selbstständigkeit betrachtet werden, wie z. B. Gesandtschaften zu halten und zu besetzen.

Es würde sich empfehlen, wenn die deutschen Fürsten Gelegenheit erhielten, durch persönliche Theilnahme an einzelnen großen acten der Gesetzgebung, bei Bundesrath und Reichstag ihren patriotischen Antheil an dem deutschen Staate zu bethätigen.

(Es sei hier eingeschaltet, daß unter Umständen vielleicht die deutschen souverainen Fürsten ihrerseits eine Urkunde an den präsidirenden Fürsten einreichen könnten, kraft welcher sie um persönliche Aufnahme in irgend eine Vertretung des deutschen Volkes (Reichstag oder Zollparlament) bitten, um vielleicht mit den Häuptern der ehemaligen reichsunmittelbaren und reichsständischen Geschlechter ein Oberhaus zu bilden.)

Die weitere Regelung der Angelegenheiten Deutschlands geschieht mit Hilfe der bereits bestehenden Gesammtvertretung, welche als Zollparlament wiederholt getagt hat. Dieses Haus würde sofort zu einer constituirenden Versammlung berufen werden müssen, do dieselbe zu Recht besteht, also ohne Octroyirung oder Wahlgesetzberathung tagen kann.

Der Norddeutsche Reichstag würde keine Gesammtvertretung unter solchen Umständen vorstellen können.

Es wäre baldmöglichst dafür Sorge zu tragen, daß die matricularBeiträge der Bundesstaaten insoweit anders geregelt würden, als das Drückende des gegenwärtigen Verhältnisses gehoben würde, wofür die souverainen Fürsten sich freiwillig gewisser Rechte begeben würden, welche ihnen Lasten auferlegen, die auf die oberste leitende Bundesbehörde überzugehen hätten. So zum Beispiel Geistliche und Schulangelegenheiten. Jedem deutschen Staat bleibt es unzweifelhaft gestattet, nach wie vor seine inneren Angelegenheiten zu verwalten und zu diesem Zweck Vertreter des Landes zu berufen, deren Zusammensetzung und deren Rechtsbefugniß lediglich dem lokalen Verhältnissen anzupassen sein werden, und von denen die Bundesverwaltung nicht berührt wird."

Dieser Entwurf trägt, wie der Verfasser, der nachmalige Kaiser Friedrich, selbst fühlte, in der That in mehrfacher Hinsicht noch den „Charakter des Feldlebens", und die jetzige Reichsverfassung ist in einigen Punkten sicherlich den Grundzügen des Kronprinzen vorzuziehen. Insbesondere freuen wir uns, daß wir das darin angeregte „Oberhaus" nicht erhalten haben, wenn es vielleicht auch eine ganz interessante Institution gewesen sein würde. Aber der Ruhmestitel kann dem damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm nicht geschmälert werden, daß er bereits nach den ersten blutigen Siegen nicht blos an die Einigung aller deutschen Stämme dachte, sondern auch bereits mitten im Schlachtengetümmel an die Aufstellung der wichtigsten Grundzüge heranging. Man wußte bereits auf Grund seiner Tagebücher, daß Kronprinz Friedrich Wilhelm einer der Ersten, wenn nicht der Erste war, der die Gründung des neuen deutschen Reiches anregte — hier haben wir ein Dokument, das einen unwiderleglichen Beweis in dieser Beziehung erbringt.

---

* Wir haben schon in der heutigen Morgenausgabe auf die Haltlosigkeit der von der „Deutschen Tagesztg." wieder aufgetischten Gerüchte hingewiesen, welche von einem baldigen **Rücktritt des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe** und seiner Ersetzung durch den Botschafter in Petersburg **Fürsten Radolin** sowie von der Rückkehr des **Fürsten Herbert Bismarck** in den aktiven diplomatischen Dienst zu berichten wußten. Jetzt erfahren wir positiv von gut unterrichteter Seite, daß an allen diesen Gerüchten und Kombinationen **kein wahres Wort** sei. Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe ist gegenwärtig vortrefflich, und seine Stimmung eine vorzügliche, so daß er gar nicht daran denkt, von seinem Posten zurückzutreten. Da auch in der allgemeinen politischen Situation durchaus kein Grund vorliegt, welcher auf den Rücktritt des Fürsten Hohenlohe hindrängt, so kann getrost behauptet werden, daß die auch diesmal wieder zuerst von der „Deutschen Tageszeitung" lancirten Krisenmeldungen jeder Begründung entbehren.

---

* Zur **Samoafrage** erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß **Deutschland** in Washington **nicht direkt** das Verlangen gestellt hat, daß der amerikanische **Oberrichter Chambers** aus Samoa **abberufen** werde. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in dieser Frage, welche eigentlich noch den Charakter von bloßen Vorberhandlungen tragen, da für die Eröffnung der eigentlichen Verhandlungen noch nicht genügendes amtliches Material vorliegt, werden in so freundlichem Sinne geführt, daß ein derartiges Verlangen Deutschlands gar nicht gestellt zu werden braucht. Es giebt eben auch noch einen anderen Weg, um einer befreundeten Macht zum Verständniß zu bringen, daß diese oder jene Persönlichkeit ungeeignet sei, die ihr im internationalen Verkehr angewiesene Rolle zur Zufriedenheit auszufüllen. Und so zweifelt man hier nicht daran, daß die amerikanische Regierung nicht zögern wird, sobald sie im Falle Chambers diese Gewißheit erlangt hat, auch die gegebenen Konsequenzen daraus zu ziehen.

---

* Die vom Oberpräsidenten v. Köller durch die **Ausweisungspolitik** angestrebte Ruhe stellt sich nicht ein. Nach einer von bestunterrichteter Seite uns telegraphisch übermittelten Nachricht stehen dänischgesinnte Männer der Nordmark mit dem „südjütischen Verein für Sora" in Unterhandlung, um auf Seeland ein gemeinsames Fest der Nordschleswiger und der Dänen zu veranstalten. Da die

---

Friedrich Spielhagen.

Zum 70. Geburtstage.

Wer zum Toastredner gar nicht geboren ist und kaum zum geduldigen Zuhörer von Toasten, der sollte vielleicht am Tage der Feier sich ganz still verhalten und das Wort Denen überlassen, die im hochzeitlichen Gewande zum Feste kommen, einander mit Reden berauschen und für einige Stunden den Zauber der Huldigung gewähren und empfangen können. Doch auch für den ruhigeren und kritischeren Beobachter ist es keine Pflicht, abseits zu stehen, wenn er für den Jubilar eine ernste und feste Verehrung empfindet, wenn diese Verehrung nur gewachsen ist auch in den Jahren, in denen die Kraft des bewunderten Dichters zu wachsen aufhörte. Friedrich Spielhagen, der mit seiner ewig jugendlichen Phantasie, mit seinem feinfühligen Temperament und seiner hinreißenden Redergabe schaffend und betrachtend unter uns lebt, lebhafter angeregt und anregend als mancher viel Jüngere, Spielhagen selbst mag es mit Kopfschütteln aufnehmen, wenn man ihn an seinem Ehrentage so historisch faßt, als hätte man ihn an der Unermüdliche nichts Neues mehr zu sagen. Er wird und soll uns mit weiteren Schöpfungen Lügen strafen. Einstweilen mag die freie Verehrung es sich herausnehmen, zu überlegen, was der Dichter und was der Aesthetiker Spielhagen in den letzten Jahren geleistet hat, des Mannes allem zu gedenken, der uns die „Problematischen Naturen", der uns „Die von Hohenstein", „In Reih und Glied", „Hammer und Amboß" und „Sturmfluth" geschenkt hat. Spielhagen war niemals ein Freund des historischen Romans; er ließ die Todten ihre Todten begraben und schrieb mit nervöser Antheilnahme an den Kämpfen des Tages Zeitromane, auf die Gefahr hin, seine Bücher von der Woge der Zeit, die sie emporgetragen, wieder zurückwerfen und verschlungen zu sehen. Sein Talent hat diese Gefahr fast überwunden; alle diese Romane aus den sechziger und siebziger Jahren leben, wir lesen sie nach wie vor unter dem Banne von Spielhagens Fabulirkunst oder wir genießen sie als die Dokumente einer bedeutenden halbvergangenen Zeit. Lächelnd wird Friedrich Spielhagen zu erkennen, daß gerade seine besten Werke durch ihr Altern zu historischen Romanen geworden sind, gegen seinen Willen. Das ist ein Ruhmestitel, den er nicht mit allzu vielen unter den unzähligen Romanschreibern zu theilen hat. Die Revolution von 1848, die Bewegung um Ferdinand Lassalle, den wirthschaftlichen und moralischen Zusammenbruch von 1873 hat kein Historiker anschaulicher geschildert als dieser Dichter. Und weil er kein Geschichtsschreiber war, sondern ein Geschichtenschreiber, so hat er uns nicht die Ereignisse dargestellt, sondern den Roman zu Roman. Was die Anschauungen des deutschen Bürgerstandes, das beim Erscheinen der großen Romane brennende Aktualität war, das ist zu einem Beitrage unserer Kulturgeschichte geworden. Spielhagen hat nicht, wie er ursprünglich wollte, Lasker zum Helden seiner „Sturmfluth" gemacht, sondern irgend einen einfachen und wackeren Mann; darum finden wir in diesem Meisterwerke die Gedanken wieder, welche vor fünfundzwanzig Jahren jeden schlichten und ehrlichen Mann in Deutschland bewegten.

Spielhagen darf stolz darauf sein, daß die Werke aus der Zeit seiner Herrschaft historische Dokumente geworden sind; und es mag ihn schmerzen, daß sie in einem anderen Sinne historisch geworden sind für ein jüngeres Geschlecht von Schriftstellern, welches zu neuen Göttern schwört. Spielhagen hat sich dem Ansturm des Naturalismus vor etwa zehn Jahren mit manchem scharfen Worte geharnischter Prosa und ebensolcher Poesie entgegengestemmt; dann hat er mit leise ironischer Ueberlegenheit seinen Frieden zu machen gesucht mit dem neuen Pharao, mit einer gewissen philosophischen Resignation, zu welcher Paul Heyse und Wilhelm Jordan sich nicht durchgerungen haben. Zahlreiche Stellen in Spielhagens „Dichtung und Wahrheit" (er nennt seine Selbstbiographie „Finder und Erfinder") und in dem Festvortrage „Die epische Poesie und Goethe" zeigen, wie bitter schwer ihm dieses Ringen geworden ist. Vielfach hat Spielhagen mit seiner ersten Stellung gegen den einseitigen Naturalismus Recht behalten. Wenn aber seine hinreißenden Zeitromane mit ihrer Zeit halbhistorisch geworden sind, so liegt das doch nicht blos an einer vorübergehenden Mode, so liegt das vielmehr an dem eigensten Wesen dieses Dichters, an den Ideen und an der Sprache seiner Dichtungen.

Die Ideen waren immer die Ideen der Zeit; über seine Zeit hat sich Spielhagen eigentlich immer nur durch die Kühnheit des Auftretens und durch die packende Gewalt seiner Gestaltungskraft erhoben. Er hat die wohlfeilen Wirkungen eines rückwärts schauenden Propheten verschmäht; aber er ist auch kein Prophet der Zukunft gewesen. Es war seine Aufgabe, dem jeweiligen Jahrzehnt oder Jahrfünft seinen treuen Spiegel vorzuhalten. Mit Unrecht hat man ihn darum zum Dichter einer Partei gestempelt; er war nur insofern der Dichter des freisinnigen Bürgerthums, als damals in diesem Lager Deutschland war. Seine Romane aus den sechziger Jahren wehren sich mit flammender Beredtsamkeit gegen die Macht der Junker („Die von Hohenstein" 1863) und gegen die Führung durch eine einzelne Persönlichkeit („In Reih und Glied" 1866). Bismarck hat die heutige Jugend anders empfunden gelehrt; vielleicht wird die blutige Satire auf die von Hohenstein wieder aktuell werden, wenn die Junker fort-